



**N I E D E R S C H R I F T**

zum öffentlichen Teil

**der 28. Sitzung des Jugendhilfeausschusses (JHA/028/2016)**

**am Donnerstag, 15. September 2016,**

**18:00 Uhr**

**im Neuen Rathaus, Festsaal,  
Rathausplatz 1, 01067 Dresden**

**Beginn der Sitzung:** 18:00 Uhr  
**Ende der Sitzung:** 20:30 Uhr

**Anwesend:**

CDU-Fraktion

Patrick Schreiber

Fraktion DIE LINKE.

Tilo Kießling

Anja Stephan

SPD-Fraktion

Dorothee Marth

FDP/FB-Fraktion

Barbara Lässig

stimmberechtigte Mitglieder

Anett Dahl

Anke Lietzmann

Heike Riedel

Carsten Schöne

beratende Mitglieder

Markus Degenkolb

Detlef Lenk

Thomas Wünsche

Georg Zimmermann

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Tina Siebeneicher

Fraktion Alternative für Deutschland

Maik Augustin

stimmberechtigte Mitglieder

Franziska Grimm

Jan Güldemann

beratende Mitglieder

Sabine Bibas

Dr. Kristin Klaudia Kaufmann

Ekaterina Kulakova

Sven Liebert

Jan Pratzka

Gunther Reinsch  
Christoph Stolte

Stellvertretende Mitglieder

Christian Georgi  
Kevin Görden  
Claudia Joseit

Doreen Lorenz

Vertretung für Frau Angelika Fischer  
Vertretung für Herrn Claus Lippmann  
Vertretung für Frau Dr. Alexandra-Kathrin Stanislaw-Kemenah  
Vertretung für Herrn Sascha König-Apel

**Abwesend:**

Vorsitzender

Dirk Hilbert

CDU-Fraktion

Heike Ahnert

beratende Mitglieder

Angelika Fischer  
Claus Lippmann  
Roland Wirlitsch  
Sascha König-Apel  
Dr. Alexandra-Kathrin Stanislaw-Kemenah

**Verwaltung:**

Frau Eulitz	Rechtsamt
Frau Harder	Jugendamt
Frau Kretzschmar	Jugendamt
Frau Claus	Jugendamt
Frau Greif	Jugendamt
Frau Puschbeck	Jugendamt
Herr Fiedler	EB Kita
Herr Weidner	EB Kita
Frau Heinrich	Stadtkämmerei
Frau Sandro	GB 5
Frau Haase	GB 5

**Gäste:**

Herr Schäfer	Jobcenter Dresden
Frau Meyer-Dobrenz	Cooperatio e. V.
Frau Rößiger	Malwina e. V.

**Schriftführerin:**

Frau Weber	SG Stadtratsangelegenheiten
------------	-----------------------------

## T A G E S O R D N U N G

### Öffentlich

- |          |  |  |
|----------|--|--|
| <b>1</b> | Kontrolle der Niederschrift vom 9. Juni 2016   |  |
| <b>2</b> | Informationen/Fragestunde  |  |
| <b>3</b> | Haushaltssatzung 2017/2018 und Wirtschaftspläne 2017 der Eigenbetriebe   | <b>V1334/16<br/>beratend</b>                     |
| <b>4</b> | Betreibung der Kindertageseinrichtung Max-Schwan-Straße 1 in 01156 Dresden durch den freien Träger DRK Kreisverband Dresden e. V.  | <b>V1296/16<br/>1. Lesung<br/>(federführend)</b> |
| <b>5</b> | Aufnahme des Hortes am Schulstandort Aktive Schule Dresden, Leipziger Straße 33 in 01097 Dresden in den Bedarfsplan der Landeshauptstadt Dresden   | <b>V1297/16<br/>1. Lesung<br/>(federführend)</b> |
| <b>6</b> | Bildung einer Arbeitsgemeinschaft nach § 78 SGB VIII zur Vorbereitung und Begleitung der Einführung eines trägerübergreifenden, internetbasierten Systems zur Platzsuche, Platzvergabe, Platzverwaltung und Beitragserhebung in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege | <b>A0237/16<br/>beschließend</b>                 |
| <b>7</b> | Förderung von Trägern der freien Jugendhilfe im Jahr 2016  | <b>A0246/16<br/>beschließend</b>                 |
| <b>8</b> | Berichte aus den Unterausschüssen  |  |

### Nicht öffentlich

- |          |               |  |
|----------|---------------|--|
| <b>9</b> | Informationen |  |
|----------|---------------|--|

### öffentlich

#### Einleitung:

**Herr Güldemann** begrüßt für den abwesenden Vorsitzenden die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses zur 28. Sitzung. Die Ladung ist frist- und formgerecht erfolgt, die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

**Herr Schöne** bringt den Eilantrag A0246/16 „Förderung von Trägern der freien Jugendhilfe im Jahr 2016“ ein. Das Projekt „Gamescamp united“, Punkt 1 des Beschlussvorschlages, könne nicht stattfinden, wenn der Jugendhilfeausschuss nicht heute darüber befinde. Bei Beschlusspunkt 2 handle es sich um eine Beschleunigung des Verfahrens, die freien Träger sollen aufgefordert werden, Anträge für bewegliche Sachen des Anlagevermögens zu stellen. Für die weiteren Verfahrensabläufe sei ein schnellst möglicher Beschluss erforderlich.

**Herr Güldemann** informiert, der Originalantrag mit den Unterschriften liege ihm vor. Bei Beschlusspunkt 1 würden beträchtliche Mittel von Dritten verloren gehen, insofern würde der Stadt ein Schaden entstehen. Bei Beschlusspunkt 2 würde der Stadt kein Schaden entstehen, daher sei keine Eilbedürftigkeit gegeben. Beschlusspunkt 1 werde er daher als neuen TOP 7 auf die Tagesordnung nehmen.

**Herr Schreiber** interessiert, welcher Schaden der Stadt bei Beschlusspunkt 1 entstehen würde.

**Herr Güldemann** antwortet, Fördermittel von Dritten (Bund) gehen verloren, wenn die Stadt sich nicht mit einer Kofinanzierung beteilige.

Die Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

## **1 Kontrolle der Niederschrift vom 9. Juni 2016**

Zur Niederschrift gibt es keinerlei Anmerkungen, sodass diese mehrheitlich bestätigt wird.

## **2 Informationen/Fragestunde**

**Frau Bibas** berichtet, die Präsentation zum Modellprojekt zur Weiterentwicklung der Eltern-Kind-Zentren sei den Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses zugestellt worden (per Mail am 7. September 2016). Des Weiteren hätte eine gemeinsame Beratung der Schulleitungen von Grundschulen und der Leitung der Horte stattgefunden, das Arbeitspapier zur gemeinsamen Raumnutzung von Hort und Schule sei verabschiedet worden.

**Herr Görden** informiert, die Information Nr. 6/2016 vom Jugendamt werde am Freitag, dem 16. September 2016 erfolgen (wurde per Mail am 16. September 2016 zugestellt). Zu dem langen Bearbeitungszeitraum des Elterngeldes berichtet er, bis Ende November sollen die Nachbesetzungen der Stellen abgeschlossen sein. Bis Ende des Jahres sollen sich die Bearbeitungszeiten normalisiert haben.

**Frau Dahl** möchte wissen, ob es schon eine Zeitschiene für die Förderung der freien Träger im Jahr 2017 gebe.

**Herr Görden** erklärt, die Vorlage zur Förderung soll im Februar 2017 beschlossen werden.

**Herr Schreiber** verweist auf einen aktuellen Artikel „Poker um Jugendhilmefmillionen: Sozialbürgermeisterin Kaufmann sichtet Geld der freien Träger in andere Bereiche um“ in der DNN. Ihn interessiere, ob 2 Mio. Euro auf Anordnung des Oberbürgermeisters an den GB 5 gegangen und ob diese 2 Mio. Euro dann von Frau Bürgermeisterin Dr. Kaufmann aufgeteilt worden seien. Die beschlossenen 3 Mio. Euro des Haushaltes 2015/2016 würden somit nach wie vor fehlen. Des Weiteren möchte er wissen, ob es den Tatsachen entspreche, dass im Stellenplan des Jugendamts Stellen herausgelöst und in andere Bereiche von GB 5 umgelagert worden seien.

**Frau Bürgermeisterin Dr. Kaufmann** erklärt, jetzt werde sie nur die zweite Frage beantworten, die restliche Frage werde sie unter TOP 3 beantworten. In ihrem Bereich seien keine Stellen umgeswicht worden. Für das Jugendamt und für die anderen Ämter hätte sie gerne mehr Personal, insbesondere in den Bereichen, die den neuen Herausforderungen Flucht und Asyl gegenüberstehen.

**Frau Lässig** bezieht sich auch auf den Zeitungsartikel. Dort stehe, für manche Angebote sehe das Fachamt keinen Bedarf, als Beispiel würden die Streetworker am Wiener Platz angeführt. Sie bittet auch um einen Bericht zu den Streetworkern in Loschwitz.

**Herr Güldemann** schlägt vor, dass das Jugendamt zu dem Thema detailliert in der kommenden Sitzung informieren soll.

**Herr Schöne** möchte eine Information zur aufsuchenden Familientherapie, diese richte sich an Familien mit komplexen Problemen. Es gebe nur eine überschaubare Anzahl von Trägern, die diese Leistungen anbieten. Diese Träger würden von schwierigen Verhandlungen mit dem Jugendamt bezüglich des Leistungsumfanges, der reduziert werden soll, berichten. Das Jugendamt hätte mit den freien Trägern ein Fachgespräch dazu führen wollen, dies sei aber nicht erfolgt. Seine Fragen werde er noch schriftlich übergeben.

Des Weiteren interessiert ihn, warum die Sitzung der 17. Grundsatzkommission zum wiederholten Male vom Jugendamt abgesagt worden sei.

**Herr Görden** erläutert, die Frage zur aufsuchenden Familientherapie werde ausführlich bis zur kommenden Sitzung beantwortet. Das Jugendamt hätte wahrgenommen, dass die betroffenen Träger Gesprächsbedarf hätten.

Die 17. Grundsatzkommission sei aus Krankheitsgründen abgesagt worden, die Sitzung soll schnellstmöglich nachgeholt werden.

**Frau Stephan** informiert, zur Beschulung von zugewanderten jungen Erwachsenen und Jugendlichen soll es vom Land ein neues Programm geben, die Stadtverwaltung müsse dazu eine Kofinanzierung leisten. Beim Haushalt solle die Kofinanzierung mit berücksichtigt werden.

**Frau Stadträtin Siebeneicher** möchte wissen, wie viele Pflegefamilien es derzeit für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (folgend: uaM) gebe.

**Herr Görden** antwortet, ausführliche Zahlen könnten unter:

<https://www.dresden.de/de/leben/gesellschaft/migration/asyl/hilfe/ehrenamt/hilfe-fuer->

[unbegleitete-jugendliche.php](#) eingesehen werden. In der nächsten Information vom Jugendamt werde er die Zahl aufnehmen, derzeit gebe es 15 Pflegefamilien.

**Herr Stadtrat Kießling** fragt, wenn der gegenwärtige Stand aller geförderten Dienste und Einrichtungen usw. ohne fachlichen Verlust aufrechterhalten werden soll, wie hoch dann die benötigte Summe sei. Er bezieht sich auch auf den erwähnten Zeitungsartikel und möchte wissen, ob zu den bestehenden Einrichtungen und Diensten Bedarfsaussagen gemacht werden können. Dies sei wichtig für die Diskussion um den Haushalt.

In der aktuellen Statistik, Hilfen zur Erziehung (folgend: HzE), Stand: 15. August 2016, gebe es eine Zahlendiskrepanz (Steigerung der Kosten vs. sinkende Fallzahlen), die er gerne aufgeklärt hätte. Des Weiteren möchte er wissen, ob es schon eine Vorlage zur Nachfinanzierung für den Kernbereich HzE gebe.

**Frau Bürgermeisterin Dr. Kaufmann** erläutert, die Angebote der freien Jugendhilfe müssten immer wieder evaluiert werden. In den letzten Jahren sei das Angebot gut ausgebaut worden. Dem werde durch regelmäßige Fördergeldvergaben mit Hilfe von Förderanträgen Rechnung getragen. Diese Fördergeldausschüttungen seien immer zeitlich befristet. Jetzt müsse evaluiert werden, welche Projekte auch in Zukunft gefördert werden sollen. In der Fachdiskussion müsse über konkrete Projekte diskutiert werden.

Zur aktuellen Statistik HzE antwortet **Herr Görden**. Die Fallzahlen würden in der nächsten Prognose etwas höher ausfallen und damit werde sich die Zahlendiskrepanz aufklären. Derzeit werde die Vorlage zur Nachfinanzierung HzE erarbeitet. Mit Hochdruck arbeite das Jugendamt daran, die Kosten für uaM einzustellen. Die Entwicklung der Fallzahlen müsse man sich anhand der Prognosen immer genau anschauen.

**Herr Güldemann** fragt noch einmal nach, ob dies bedeute, dass die Fallzahlen falsch ausgewiesen seien.

**Herr Görden** meint, die Zahlen seien nicht falsch. Es werde ein statistischer Durchschnitt ermittelt und dieser werde mit den aktuellen Fallzahlen und den verbundenen Prognosen erhöht.

**Herr Schöne** möchte wissen, wer die Evaluierung der Bedarfsaussagen im Bereich der Jugendarbeit vornimmt und wie diese genau ermittelt (Konzept, Kennzahlen usw.) werden. Er fragt nach dem aktuellen Sachstand des Konzeptes zum Beschluss „Adoptionswesen Vereinsvormundschaften“.

**Herr Görden** führt aus, das Konzept zum Beschluss „Adoptionswesen Vereinsvormundschaften“ befinde sich im Verwaltungsumlauf. Der erste Teil der Frage werde schriftlich beantwortet.

**Herr Stadtrat Kießling** hebt hervor, dem Jugendamt traue er zu, dass, wenn die Mittel nicht ausreichend seien, ein Vorschlag unterbreitet werde, welches Projekt priorisiert werde und Gelder bekomme. Er möchte aber, dass die Verwaltung des Jugendamtes im Vorfeld der Diskussion um den Haushalt eine Aussage treffe, für welche Projekte kein Bedarf mehr gesehen werde.

**Herr Görden** erklärte, die Frage werde er schriftlich beantworten.





**Frau Bibas** kündigt an, im UA Kita am 10. Oktober 2016 soll der Haushalt 2017/2018 behandelt werden.

**Herr Görden** bringt den Haushaltsentwurf 2017/2018 des Jugendamtes ein (Anlage 3). Die Vorlage soll am 10. Oktober 2016 und am 1. November 2016 im UA Planung und am 17. Oktober 2016 im UA HzE behandelt werden.

**Herr Schöne** führt aus, im Planansatz sei ihm eine deutliche Differenz der Jahre 2017 und 2018 aufgefallen. Er möchte wissen, woher die Differenz komme. Die Verwaltungsausgaben halte er für unangemessen. Es würden dringend gut ausgebildete bzw. fortgebildete Beschäftigte im Jugendamt gebraucht. Dies sei mit der eingeplanten Summe nicht machbar.

**Frau Dahl** möchte wissen, ob im Ansatz auch die Jugendhilfeplanung (z. B. Kosten für die Fortführung des Jugendhilfeplanprozesses) enthalten sei. Demnächst soll eine Vorlage behandelt werden, die 12.000 Euro im Jahr ausweise, um den Prozess der Jugendhilfeplanung fortführen zu können. Bei den Produktgruppen (Liste 1) sei ihr bei den Planzahlen aufgefallen, dass 54 Personalstellen (ohne Steigerung der Sachkosten usw.) wegfallen werden, dazu interessiert sie die Vorstellungen der Verwaltung. Die 54 Personalstellen seien mehr als ein Viertel der geförderten Stellen, damit werde der im Stadtrat beschlossene Stellenplan, der im Teilfachplan verankert sei, unterboten.

**Herr Degenkolb** bemerkt, die Förderung der freien Träger sei der Ist-Stand, angesetzt mit 16,9 Mio. Euro im Jahr 2016. Derzeit sei der eingeschätzte Bedarf im Jahr 2017 bei 15 Mio. Euro, er fragt sich, wie die Verwaltung auf den eingeschätzten Bedarf komme.

**Herr Schreiber** erklärt, er hätte es so verstanden, dass 2 Mio. Euro laut Beschluss des Stadtrates noch hinzu kommen, damit dürfte das Problem mit den 54 Personalstellen geklärt sein. Er informiert, der Freistaat stelle jährlich für den Bereich uaM 408 Mio. Euro bereit.

**Herr Stadtrat Kießling** interessiert das voraussichtliche Ist 2016 von 16,9 Mio. Euro sei eine Schätzung. Um einzuschätzen, wie viel im Folgejahr gebraucht werden würde, müsste man wissen, wie viele Einrichtungen und Dienste unterjährig begonnen hätten und wie hoch der Finanzbedarf für ein volles Jahr wäre. Des Weiteren müsste eine Einschätzung über Kostensteigerungen (z. B. Tarifsteigerungen) erfolgen. Er bittet darum, dass die Ausstattung mit Stellen bei öffentlichen und freien Trägern aus Landesmitteln und auch die eingemeindeten Ortschaften soweit wie möglich rückwirkend benannt werden, damit der optimale Zeitpunkt der Stellenausstattung für die Jugendhilfe in Dresden festgestellt werden könne. Parallel dazu sollte ggf. darüber nachgedacht werden, was Bedarfe von anderen Indikatoren im Moment der Geldausgabe darstellen.

**Frau Stephan** führt aus, die beschlossenen Maßnahmen zum Teilfachplan HzE sollen detailliert vorgestellt werden. Sie möchte wissen, ob die Maßnahmen aus dem Teilfachplan, die noch offen seien, im Jahr 2017/2018 realisiert werden. Des Weiteren möchte sie wissen, warum zu der Vorlage drei Lesungen erfolgen sollen. Die eine geplante Beratung im UA HzE sei ihrer Meinung nach nicht ausreichend.

**Frau Eulitz** erläutert, bei der dritten Beratung müsse über die Vorlage abgestimmt werden, damit eine Beschlussempfehlung für den Stadtrat ausgefertigt werden könne. Die UA müssten die Vorberatung vor der letzten Behandlung der Vorlage im Jugendhilfeausschuss abgeschlossen haben.

**Frau Stadträtin Siebeneicher** möchte wissen, welche Stellenaufwüchse bzw. -reduzierungen im Bereich des Jugendamtes vorgesehen seien. Welcher Bedarf an Personalstellen sei vom GB 5 angemeldet worden und ob es Ablehnungen (Begründung) geben hätte. Des Weiteren möchte sie wissen, ob das vorgesehene Personal ausreichend sei für die Erfüllung der notwendigen Pflichtaufgaben.

**Herr Schöne** begrüßt, dass die Hilfen für ältere Mitbürger näher betrachtet werden. Es sollte darüber nachgedacht werden, dass z. B. in den Bereichen, die wenig Lobby hätten, fachkundige Personen an den Entscheidungen mitwirken. Er erinnert an die schwierigen Verhandlungen zur Absicherung der Altenhilfeangebote. Im Bereich der Psychiatrie Sucht gebe es durch die Veränderung der Landesrichtlinie ein Haushaltsrisiko.

**Herr Stadtrat Kießling** erklärt, er könne nicht erkennen, dass die Lobby der einzelnen Bereiche unterschiedlich sei. Im Rahmen der Kooperationsvereinbarungen sei klar gemacht worden, dass z. B. die gegenwärtig geförderten Einrichtungen weiter gefördert werden sollen ohne Substanzverlust. Es müsse gemeinsam an dem kommenden Haushalt gearbeitet werden. Klar sei, wenn die Verwaltung die Kooperationsvereinbarung umsetze, sollte die Frage der Förderung so vorbereitet werden, dass unmittelbar nach Beschluss des Haushaltes eine entsprechende Vorlage vorliege.

**Frau Lässig** meint, die Bereiche, die von Frau Bürgermeisterin Dr. Kaufmann genannt worden seien, seien ohne Frage wichtig. Sie frage sich aber, woher die Nachsteuerung kommen solle und ob schon konkret Bereiche benannt werden können.

**Herr Güldemann** bittet darum, dass weitere Anfragen bis 30. September 2016 schriftlich bei der Verwaltung eingereicht werden sollen.

Weiterer Diskussionsbedarf besteht nicht, sodann beendet **Herr Güldemann** den Tagesordnungspunkt.

**4        Betreuung der Kindertageseinrichtung Max-Schwan-Straße 1 in  
01156 Dresden durch den freien Träger DRK Kreisverband Dres-  
den e. V.**

**V1296/16  
1. Lesung  
(federführend)**

Die Vorlage wird von Frau Bibas eingebracht.

Es folgen keine Anmerkungen. **Herr Güldemann** beendet die 1. Lesung.

- |          |   |  |
|----------|---|--|
| <b>5</b> | <b>Aufnahme des Hortes am Schulstandort Aktive Schule Dresden, Leipziger Straße 33 in 01097 Dresden in den Bedarfsplan der Landeshauptstadt Dresden</b> | <b>V1297/16<br/>1. Lesung<br/>(federführend)</b> |
|----------|---|--|

Die Vorlage wird durch **Frau Bibas** vorgestellt.

Es folgen keine Fragen von Seiten der Ausschussmitglieder. **Herr Güldemann** beendet die 1. Lesung.

- |          |   |                                  |
|----------|---|----------------------------------|
| <b>6</b> | <b>Bildung einer Arbeitsgemeinschaft nach § 78 SGB VIII zur Vorbereitung und Begleitung der Einführung eines trägerübergreifenden, internetbasierten Systems zur Platzsuche, Platzvergabe, Platzverwaltung und Beitragserhebung in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege</b> | <b>A0237/16<br/>beschließend</b> |
|----------|---|----------------------------------|

**Herr Schöne** stellt die Beschlussempfehlung des UA Kita vor und weist auf die Änderungen hin.

Es gibt keine weiteren Anmerkungen. **Herr Güldemann** tritt in die Abstimmung ein. Der Ausschuss ist beschließend tätig.

1. Der Jugendhilfeausschuss der Landeshauptstadt Dresden beschließt die Bildung einer projektbezogenen Arbeitsgemeinschaft „E-Kita 2.0“ nach § 78 SGB VIII.
2. Die Arbeitsgemeinschaft soll in enger Zusammenarbeit mit der Verwaltung die Einführung eines trägerübergreifenden, internetbasierten Systems zur Platzsuche, Platzvergabe, Beitragserhebung und Verwaltung in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege vorbereiten und bis zum Abschluss des Projektes begleiten. Das Lastenheft für das neue System soll im Dialog mit der Arbeitsgemeinschaft erarbeitet werden.
3. Folgende Interessengruppen sollen in der Arbeitsgemeinschaft repräsentativ vertreten sein:
  - Stadtelternrat (1 Sitz)
  - Vertreter der freien Träger von Kindertageseinrichtungen (7 Sitze)
  - drei Vertreter der Kindertagespflegepersonen, davon ein Vertreter der UAG Kindertagespflege der Fach-AG Kindertagesbetreuung Dresden (3 Sitze)
  - Vertreter der Interessengemeinschaft Kindertagespflege Dresden (1 Sitz)
  - Vertreter der drei Beratungs- und Vermittlungsstellen für Kindertagespflege (1 Sitz)
  - Eigenbetrieb Kindertageseinrichtungen Dresden (1 Sitz) und
  - Landeshauptstadt Dresden als öffentlicher Träger der Jugendhilfe (3 Sitze)
4. Die Besetzung der Arbeitsgemeinschaft erfolgt im Wege eines Interessenbekundungsverfahrens. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, das Interessenbekundungsverfahren unverzüglich einzuleiten und durchzuführen.

- a. Fünf Vertreterinnen oder Vertreter der freien Träger sollen auf Vorschlag der Stadtliga der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege in Dresden benannt werden.
  - b. Eine weitere Interessenbekundung wird an alle Träger gerichtet, welche nicht einer Dachorganisation angehören. Aus deren Vorschlägen werden zwei Vertreterinnen oder Vertreter per Losverfahren ausgewählt.
  - c. Des Weiteren wird eine Interessenbekundung für die Kindertagespflegepersonen initiiert. Aus den Interessentinnen und Interessenten sind per Losverfahren zwei Vertreterinnen oder Vertreter zu bestimmen.
  - d. Die Vertreterinnen oder Vertreter von Stadtelternrat, Interessengemeinschaft Kindertagespflege Dresden, Beratungs- und Vermittlungsstellen für Kindertagespflege, Eigenbetrieb Kindertageseinrichtungen Dresden und Landeshauptstadt Dresden werden durch die jeweiligen Organisationen benannt.
5. Einberufung, Vorbereitung und Moderation der Beratungen der Arbeitsgemeinschaft obliegen dem öffentlichen Träger. Die Arbeitsgemeinschaft berichtet dem Unterausschuss Kindertagesbetreuung des Jugendhilfeausschusses regelmäßig über den Fortgang des Projektes.

### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung mit Änderung  
Ja 12 Nein 0 Enthaltung 0

## **7 Förderung von Trägern der freien Jugendhilfe im Jahr 2016**

**A0246/16  
beschließend**

Der Antrag (Beschlusspunkt 1) wird durch **Herrn Schöne** eingebracht.

**Frau Greif** erklärt, der Träger möchte den Fond „Demokratieförderung“ nutzen. Die Realisierung der Maßnahme soll vom 23. bis 25. September 2016 stattfinden. Im Interesse der Kinder und Jugendlichen sollte dem Projekt zugestimmt werden. Das Projekt sei beispielhaft für Dresden. Die Zielgruppe seien die 14 bis 21 Jährigen, vor allem sollen uaM in das Projekt mit aufgenommen werden.

**Herr Güldemann** möchte wissen, wie viel Fremdmittel verloren gehen würden, wenn heute kein Beschluss gefasst werde.

Von der Bundeszentrale für politische Bildung werden 40.000 Euro und vom Kulturrat 1.300 Euro bereitgestellt, antwortet **Frau Greif**.

**Herr Schreiber** stellt klar, der Stadt gehen keine Mittel verloren, wenn das Projekt nicht stattfindet.

**Herr Stadtrat Kießling** merkt an, er möchte sich gerne zu dem Beschlusspunkt 2, der heute nicht behandelt werden könne, da die Eilbedürftigkeit abgelehnt worden sei, öffentlich äußern.

**Herr Güldemann** meint, ein Eilantrag sei nur dann zulässig, wenn ein konkreter Schaden für die Landeshauptstadt entstehen würde, dies sei aber nicht der Fall, demzufolge werde er auch keine Diskussion über den Beschlusspunkt zulassen.

Weiterer Diskussionsbedarf besteht nicht. **Herr Güldemann** tritt in die Abstimmung ein. Der Ausschuss ist beschließend tätig.

Der Jugendhilfeausschuss beschließt die anteilige Förderung des Projektes „Gamescamp united“ in Trägerschaft des Medienkulturzentrums Dresden e. V. entsprechend dem der Verwaltung vorliegenden Antrag in Höhe von 9.170,00 Euro.

### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung

Ja 11 Nein 0 Enthaltung 0

## **8 Berichte aus den Unterausschüssen**

**Herr Stadtrat Kießling** berichtet aus dem UA Planung Sachstandsinformation zum Konzept Demokratieförderung sei ausgereicht worden. Des Weiteren bittet er darum, dass zu dem Projekt „Fachstelle Mädchen und junge Frauen – Streetwork City“ in einer der kommenden Sitzungen des Jugendhilfeausschusses berichtet werden soll. Über die Schnittstellenuntersuchung Kinder-, Jugend- und Familienförderung sei diskutiert worden. Die Mitglieder des UA Planung seien sich einig, dass der Jugendhilfeausschuss vor der Förderung von Schulsozialarbeit eine Priorisierung festlegen müsse.

**Herr Güldemann** fragt, ob es eine abschließende Meinung zu der Methodik der Priorisierung gegeben hätte.

**Herr Stadtrat Kießling** gibt an, der UA Planung hätte über das Thema diskutiert, es gebe noch keine Vorlage, der UA Planung könne nur beratend tätig sein.

**Herr Schöne** dankt der Verwaltung, dass das Konzeptpapier in den UA Planung eingebracht worden sei, dies ermögliche eine Abwägung der unterschiedlichen Varianten.

**Frau Dahl** informiert, der UA Förderung hätte über das aktuelle Budget der Restmittel, ca. 230.000 Euro, für die freien Träger gesprochen. Es gebe verschiedene Ideen, wie das Geld eingesetzt werden könne, z. B. ca. 60.000 Euro für eine externe Konzepterstellung für niedrigschwellige präventive Maßnahmen im Bereich HzE. Zu jeder UA Förderung soll über den aktuellen Stand zu Widersprüchen und Klagen berichtet werden. Der Vorschlag der Verwaltung, über die Ausschüttung der Mittel für bewegliche Sachen des Anlagevermögens (folgend: BS)

nachzudenken, sei aufgegriffen worden. Dies sei eine unkomplizierte Möglichkeit Gelder an die freien Träger auszugeben, deshalb sei heute der Eilantrag eingereicht worden.

**Herr Stadtrat Kießling** meint, die Verwaltungsvorschrift besage, dass die Verwaltung des Jugendamtes, wenn noch BS Mittel zur Verfügung stünden, diese Mittel ausschreibe. Um die Zeitschiene zu verkürzen, fragt er, ob nicht einfach die Verwaltung eine größere Menge der vorhandenen Mittel ausschreiben solle. Er möchte wissen, weshalb der UA Förderung den Beschlusspunkt 2 im Antrag A0246/16 aufgenommen hätte.

**Frau Dahl** antwortet, der Beschlusspunkt 2 des Antrages A0246/16 sei deshalb zustande gekommen, da eine mehrheitliche Einigung benötigt werde, wie die vorhandenen Restmittel verwendet werden sollen.

Die Verwaltungsvorschrift für die Handlung der Verwaltung in dem Punkt sei vermutlich ausreichend, meint **Herr Stadtrat Kießling**.

**Herr Güldemann** äußert seine Skepsis.

**Frau Stephan** erläutert, der UA HzE hätte sich u. a. mit der Studie der Evangelischen Hochschule und deren Finanzierungsbedarf auseinandergesetzt. Die Schnittstellenanalyse des Jugendamtes sei zur Kenntnis genommen worden. Der UA warte noch auf die Vorlage zu den Fachleistungsstunden, sie bittet darum, dass geprüft werde, wann die Vorlage in den Gremien behandelt werden könne.

**Herr Schöne** weist auf die Sondersitzung des UA Kita am 26. September 2016, 16:00 Uhr, hin, diese sei erforderlich geworden zur Behandlung der Vorlage zur Umstrukturierung des EB Kita. Zu dem beschlossenen Antrag zu der Neuregelung der Fachleistungsstunden müsse auch noch eine Vorlage in die Gremien eingebracht werden.

Weiteren Informationsbedarf gibt es auch im nicht öffentlichen Teil der Sitzung nicht, sodass die Jugendhilfeausschusssitzung geschlossen wird.

Jan Güldemann  
Vorsitzender

Monika Weber  
Schriftführerin

Anke Lietzmann  
Mitglied

Maik Augustin  
Mitglied